

Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus
Band 7



William Voegeli

Der amerikanische Wohlfahrtsstaat

Herausgegeben und übersetzt von
Hardy Bouillon

Duncker & Humblot · Berlin

WILLIAM VOEGELI

Der amerikanische Wohlfahrtsstaat

Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus

Band 7

William Voegeli

Der amerikanische Wohlfahrtsstaat

Herausgegeben und übersetzt von

Hardy Bouillon



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 2510-2893
ISBN 978-3-428-19050-8 (Print)
ISBN 978-3-428-59050-6 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort der Herausgeber

Mit der Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus sollen einschlägige Schriften, die in der Tradition des Klassischen Liberalismus und in geistiger Nähe zu Friedrich August von Hayek stehen, einer deutschsprachigen Leserschaft nähergebracht werden. Zu diesem Zweck werden Schlüsselwerke bedeutender Autoren übersetzt. Gleichwohl ist die Schriftenreihe nicht auf Übersetzungen beschränkt, sondern auch offen für Arbeiten gegenwärtiger Autoren, die sich der Schule des Klassischen Liberalismus und dem freiheitlichen Denken Hayeks eng verbunden fühlen.

Auf den Autor des siebten Bandes trifft beides zu. William Voegeli ist ein amerikanischer Politologe. *Der amerikanische Wohlfahrtsstaat* ist sein erstes Hauptwerk. In ihm präsentiert der Autor eine systematische Untersuchung des amerikanischen Wohlfahrtsstaats von seinen Anfängen bis zur Gegenwart und diskutiert die Probleme, die mit dem ungehinderten Wachstum des Wohlfahrtsstaats in den USA einhergehen. Das Buch erschien 2010. Vier Jahre später folgte Voegelis zweites Hauptwerk: *The Pity Party: A Mean-Spirited Diatribe Against Liberal Compassion*. In ihm analysiert er das politische Unvermögen derer, die er als Urheber des amerikanischen Wohlfahrtsstaats namhaft macht, die sogenannten *Liberals*. Einer breiteren amerikanischen Leserschaft ist Voegeli vor allem als regelmäßiger Gastautor liberal-konservativer Magazine und Zeitungen bekannt, darunter City Journal, Commentary, Los Angeles Times, National Review und New Criterion.

William Voegeli (*1954) studierte Politologie an der Loyola University in Chicago, wo er auch promovierte. Anschließend war er für einige Jahre (1988 bis 2003) Programmleiter der amerikanischen John M. Olin Foundation. Danach wurde er Gastprofessor am Henry Salvatori Center des Claremont McKenna College in Claremont/Kalifornien, Herausgeber der Zeitschrift Claremont Review of Books und Senior Fellow am Claremont Institute.

Nach *Der Kapitalismus und die Historiker*, herausgegeben von Friedrich August von Hayek, ist *Der amerikanische Wohlfahrtsstaat* der siebte Band der Reihe. Weitere Bände anderer Autoren sind in Planung und sollen im Jahresrhythmus erscheinen. Die Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus wird unterstützt von der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft*, Berlin.

Prof. Dr. Hardy Bouillon Prof. Dr. Gerd Habermann Prof. Dr. Erich Weede

Einleitung des Herausgebers und Übersetzers

Alle sechs der bisher erschienenen Bände der Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus sind deutsche Erstausgaben. Der siebte Band bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Er erschien bereits vor einigen Jahren in einem zwischenzeitlich aufgelösten Verlag, und zwar unter dem Titel *Amerikas Abschied vom Kapitalismus*. Für die Titelwahl gab es damals gute Gründe. Allerdings verriet die damalige Titelfestlegung nur wenig über die Kernthese des Buches. Dem Autor geht es in seiner Abhandlung um den amerikanischen Wohlfahrtsstaat und dessen unaufhaltsames Wachstum. Der Originaltitel, *Never Enough. America's Limitless Welfare State*, bringt das Anliegen des Verfassers klarer zum Ausdruck und lässt auch das große Verdienst erahnen, das dem Autor zukommt.

Was William Voegeli in seinem Traktat darlegt, ist nichts Geringeres als eine systematische Untersuchung des amerikanischen Wohlfahrtsstaats von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Um Voegelis Leistung kenntlich zu machen, hielten wir es für geboten, den Titel zu ändern. Band 7 der Hayek-Schriftenreihe trägt daher den Titel *Der amerikanische Wohlfahrtsstaat*. Der Autor ist kein grundsätzlicher Gegner des Wohlfahrtsstaats. Doch es fehlen ihm die Kriterien, mit denen man einen angemessenen von einem unangemessenen Wohlfahrtsstaat abgrenzen könnte. „Die Grundannahme des Buches, das ich nicht geschrieben habe, war, dass all die herben Klagen über unsere unzureichende Sozialpolitik ein Kriterium dafür angeben müssen, was angemessen ist, damit man einen ganz und gar angemessenen Wohlfahrtsstaat bestimmen kann.“

Voegeli sieht vor allem die Anhänger der demokratischen Partei in der Pflicht. Sie, die *Liberals*, sind für ihn die eigentlichen An- und Betreiber des amerikanischen Wohlfahrtsstaats und auch die Ursache dafür, dass der Wohlfahrtsstaat in den USA kein Ende zu kennen scheint. In dem Versäumnis, ein Ende anzugeben oder gar anzustreben, liegt auch – so der Autor – die Ursache dafür, dass sein Buchprojekt einen anderen Gang genommen hat als geplant.

„Dieses Buch versucht zu erklären, warum das andere Buch unmöglich war. In ihm geht es um die Bedeutung, die der ‚Mangel eines liberalen Begrenzungsgrundsatzes‘ für den langwährenden Disput der Demokraten und Republikaner über den Wohlfahrtsstaat hat.“

Voegeli weiß, dass die erfolgreiche Suche nach einem Begrenzungsgrundsatz – so es denn einen gibt – erhebliche Vorleistungen erfordert. „Um sich dieser Aufgabe anzunehmen, muss man zuerst eine klare Vorstellung davon bekommen, wie groß der amerikanische Wohlfahrtsstaat tatsächlich ist, wie sehr und wie schnell er gewachsen ist, und wie er in diesen Hinsichten im Vergleich zu Wohlfahrtsstaaten anderer moderner Industriegesellschaften abschneidet.“

Im Wissen um die notwendigen Vorleistungen, die er zu erbringen hat, beginnt der Autor in Kapitel 1 damit, Geschichte, Struktur, Ausmaß und Vergleichbarkeit des amerikanischen Wohlfahrtsstaats mithilfe geeigneter Daten und Quellen darzulegen. Um den amerikanischen Wohlfahrtsstaat angemessen erfassen und mit den Wohlfahrtsstaaten anderer Länder vergleichen zu können, greift er vor allem auf Daten zurück, die Jahr für Jahr von der OECD sowie vom OMD und BLS erfasst werden. Bei den Letztgenannten handelt es sich um zwei amerikanische Bundesagenturen. Gemeint sind das Haushaltbüro (Office of Management and Budget, kurz OMD) und das Statistische Bundesamt für Arbeit (Bureau of Labor Statistics, kurz BLS).

Anhand der generierten Tabellen zeigt der Autor, dass der amerikanische Wohlfahrtsstaat seit dem New Deal kontinuierlich gewachsen ist, und dies ungeachtet der Tatsache, dass Demokraten und Republikaner sich mehrfach an der Spitze abgelöst haben. Insofern sieht Voegeli verständlicherweise auch die Konservativen in der Verantwortung, obgleich er zugesteht, dass die Mentalität der amerikanischen Bevölkerung den Handlungsspielraum der konservativen Kräfte im Land einengt. „Die Konservativen können dem amerikanischen Volk keinen kleineren Wohlfahrtsstaat verkaufen als jenen, den es mit Sicherheit wünscht, ganz egal wie unpopulär die dafür notwendigen Steuern auch sein werden.“

Der Autor nimmt aber auch an, dass die amerikanischen Bürger den Liberalen bei ihren Versuchen, den Wohlfahrtsstaat auszudehnen, Grenzen setzen würden. „Für Liberale heißt das, einzusehen, dass es unmöglich ist, den Menschen in Amerika mehr Wohlfahrtsstaat zu verkaufen, als sie zu bezahlen bereit sind, und leichtfertig, etwas anderes vorzutäuschen.“

Divergenzen in den Mentalitäten sind für Voegeli auch die Ursache für die Unterschiede, mit denen die Amerikaner und Europäer der Begrenzfrage begegnen. In Europa frage man, wo die Wohlfahrtsstaatsausweitung sich dem Wähler überhaupt versperren könne, in den USA, wo dem Steuerzahler. „In Europa reicht schon allein die Vorstellung, dass eine Mitte-Rechts-Koalition die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen beschneidet, um Generalstreiks und Straßenproteste auszulösen. Die amerikanische Linke hingegen muss Steuerrevolten befürchten.“ (Zur Illustrierung der amerikanischen Haltung führt Voegeli die Abstimmung um den 13. Zusatz der kalifornischen Verfassung und Proposition 82 an.¹)

In Kapitel 2 zeichnet der Autor den Werdegang des amerikanischen Wohlfahrtsstaats vom New Deal bis zur Gegenwart nach. Dieser Exkurs in die jüngere Sozialgeschichte Amerikas vermittelt dem Leser auch einen Eindruck von der Grundstruktur, die den amerikanischen Wohlfahrtsstaat und die Argumentationsmuster, mit denen er seit seinen Anfängen propagiert wurde, auszeichnet. Roosevelt, dem New Deal und der mit ihm einhergehenden Umdeutung dessen, was die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zu verteidigen habe, widmet Voegeli beson-

¹ Vgl. das 7. Unterkapitel von Kapitel 4.

ders viel Aufmerksamkeit. Der Grund liegt auf der Hand. Es waren FDR und seine Sozialreformen, die einen Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte nach Coolidge markiert haben: den Wendpunkt, ab dem der Wohlfahrtsstaat im großen Stil Fahrt aufnehmen konnte.

Gleichwohl löst der Aufstieg des amerikanischen Wohlfahrtsstaats beim Autor eine gewisse Verwunderung aus, vor allem angesichts der Tatsache, dass derselbe nie von einer klaren Strategie angetrieben worden sei. In Kapitel 3 spürt der Autor den Ursachen nach, die das Fehlen einer widerspruchsfreien bzw. dominierenden Lehre ausgelöst haben. „Einige Experten sehen im Nachhinein das wahre Wesen des New Deal und des Liberalismus im Allgemeinen nicht in einer Strategie, sondern in der dauernden, von Launen bestimmten Improvisationstaktik.“

Dass der amerikanische Wohlfahrtsstaat trotz innerer Widrigkeiten seinen Siegeszug fortsetzen konnte, liegt aus Sicht des Autors vor allem an Franklin Delano Roosevelt. FDR habe es geschafft, dass das Oberste Bundesgericht zwischen 1937 und 1945 nach und nach dazu übergegangen sei, „jener New Deal-Gesetzgebung, die es noch kurz vorher bereitete, Verfassungsmäßigkeit zu bescheinigen.“

Voegeli verwendet viel Energie darauf, den Nachweis zu führen, dass der liberale Wohlfahrtsstaat – genauer: der Wohlfahrtsstaat der amerikanischen *Liberals* – kein Ende kenne. (Daher auch der Titel *Never enough*.) Wer – wie Roosevelt und seine Nachfolger – ein Recht auf die Mittel für ein gutes Leben propagiert, der kann von keiner eingeforderten Sachleistung behaupten, sie sei als Mittel für ein gutes Leben ungeeignet. „Das Recht auf die Mittel für ein gutes Leben schafft politische Probleme, für die der Liberalismus keine überzeugende Lösung geboten hat. Das vieldeutige liberale Verständnis von Rechten macht es nicht nur schwerer, sondern gar unmöglich, irgendeiner Sachleistung, die wir anderen gönnen, prinzipiell die Erhebung in den Rang eines unveräußerlichen Rechts zu versagen.“ Mit anderen Worten, der Wohlfahrtsstaat kennt keinen systemimmanenten Schlussstrich.

Hinderlich für die Suche nach einer Begrenzung des Wohlfahrtsstaats ist für den Autor auch das Bedingungsverhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat: „Einen umfassenden Wohlfahrtsstaat zur Vorbedingung einer Demokratie zu machen, ist paradox, weil so demokratisches Abwägen *über* den Wohlfahrtsstaat unrechtmäßig wird. Meinungen und Wählerstimmen gegen den Wohlfahrtsstaat werden so subversiv und undemokratisch. Die Fähigkeit der Demokratie, etwas zu bewirken, nimmt in dem Maße ab, wie die Zahl der an die Demokratie geknüpften Vorbedingungen zunimmt.“

Aber auch die Korrektur von Fehlern in der Vergangenheit (negative Diskriminierungen) durch positive Diskriminierungen in der Gegenwart sei ein Verfahren, das kein Ende kenne – schon allein deshalb, weil kein Kriterium genannt werde, das gezielte Fördermaßnahmen in unerlaubte und erlaubte unterteilen ließe: „Man kann unmöglich erkennen, wie eine gezielte Fördermaßnahme erlaubt genannt werden kann, wenn kein Kriterium dafür, was eine unerlaubte wäre, vorliegt. Wenn das

Oberste Bundesgericht nicht weiß – oder sagen kann –, wo die Grenzlinie verläuft, dann ist die Feststellung, dass eine bestimmte Maßnahme auf eine Seite der Linie falle, alles, nur keine Konklusion.“

Die vielen Zitate aus dem Lager der Liberalen und Konservativen, die Voegeli in seinem Buch anführt, bieten ein schillerndes Bild der Befindlichkeiten und Beurteilungen, die durch die wechselhafte Geschichte des amerikanischen Wohlfahrtsstaats mändern. Besonders vielfältig, bunt, weitaus bestimmter und selbstsicher als systematisch und überzeugend kamen und kommen sie aus dem liberalen Lager: „Die Liberalen ließen es nur selten dabei bewenden, sondern fühlten sich berechtigt und verpflichtet, die Ziele und Vorlieben ihrer Mitbürger zu beurteilen, oft nicht zu knapp.“ Das schien in die Phase der „geistigen Unterbeschäftigung“ und des „qualitativen Liberalismus“ gut zu passen.

Was für die Rechte-Demokratie und deren Einklang mit dem Wohlfahrtsstaat gilt, trifft für Voegeli nicht minder auf den Kommunitarismus und dessen Vereinbarkeit mit dem Wohlfahrtsstaat zu. Aber auch das Durchwursteln (Ad-hoc-Kratie) sei keine Alternative. „Das Problem ist ..., dass jede Idee, groß und rigoros genug, um etwas Wichtiges mitzuteilen, irgendwann etwas sagen muss, das beanstandet werden kann. Wofür Liberale stehen zeigt, wogegen sie sind. Und alles, wogegen sie sind, hat seine Fürsprecher, und alle diese Fürsprecher haben Stimmen, die sie bei der Wahl abgeben.“

Kapitel 4 ist – wie auch schon Kapitel 3 – der Frage gewidmet, wie der amerikanische Liberalismus angesichts der Vielfalt der faktischen Grenzen das Ende des Wohlfahrtsstaats unbegrenzt hinauszögern könne. Doch die Stoßrichtung der beiden Kapitel ist nicht dieselbe. Während Voegeli in Kapitel 3 die Grenzen intellektueller Natur nachzeichnet, legt er in Kapitel 4 die Grenzen dar, die ökonomischer, fiskalischer und eigentumsrechtlicher Natur sind. Im Zentrum steht dabei der unveränderliche Umstand, dass ein Wohlfahrtsstaat steht ein hohes Maß an ökonomischem Wohlstand voraussetzen muss, weshalb er der Volkswirtschaft nicht unbegrenzt die Mittel entziehen kann, die diese zur Generierung des Wohlstands braucht.

In Kapitel 5 geht Voegeli mit den Konservativen ins Gericht, fragt aber auch nach den Möglichkeiten für beide Lager, sich im Sinne eines finanziertbaren Wohlfahrtsstaat zusammenzuraufen, um festzulegen, wie „schwache Anspruchsteller Vorrang vor schwachen Ansprüchen erhalten.“ Für Voegeli stellt sich damit die Frage nach den Berechtigungsnachweisen, die im Sinne des Wohlfahrtssystems funktionstüchtig sind. „Wohlfahrtsstaatliche Programme mit Berechtigungsnachweisen bedeuten, dass die am meisten erhalten, welche die stärkste Berechtigung dazu haben, und zwar aufgrund der Tatsache, dass sie die Verletzlichsten unter uns sind. Sie bedeuten auch, dass die von Staatshilfen ausgeschlossen werden, deren Ansprüche am schwächsten sind, und zwar aufgrund der Tatsache, dass sie die am wenigsten Verletzlichen unter uns sind.“

Kapitel 6 ist als Ausblick gedacht und setzt den Rahmen, innerhalb dessen die beiden prägenden Größen der amerikanischen Parteienlandschaft die Grenzen des

Wohlfahrtsstaats künftig festzulegen haben. Der Titel des Kapitels formuliert dabei die Zielvorgabe in passender Frageform „Wohin wollen die Fortschrittlichen fortschreiten und was wollen die Konservativen konservieren?“

Wie eingangs erwähnt, ist die vorliegende Übersetzung bereits die zweite Ausgabe. Gegenüber der Erstausgabe wurden kleinere Glättungen vorgenommen, eine Einleitung verfasst und zusätzliche Anmerkungen vom Übersetzer und Herausgeber aufgenommen. Außerdem fanden jene drei Unterkapitel des 2. Kapitels, die man seinerzeit aus verlegerischen Gründen der Erstausgabe vorenthielt, ihren Platz zurück ins Buch. Gemeint sind die Unterkapitel „Der New Deal und die neue Verfassung“, „Die lebendige Verfassung“ und „Die Zweite Bill of Rights“. Für das Verstehen der Geschichte und Struktur des amerikanischen Wohlfahrtsstaats sind diese Unterkapitel von nicht unerheblicher Bedeutung.

Auch andere, kleinere Kürzungen der früheren Ausgabe wurden für die vorliegende Fassung revidiert. Kurz: Der vorliegende Band enthält die vollständige Übersetzung der englischen Urfassung *Never Enough*.

Viele Zitate, die der Autor verwendet hat, entstammen kurzen Artikeln, die sich selten über mehr als eine Seite erstrecken. Dieser Umstand und die Verwendung bestimmter Zitierweisen, die von den Gepflogenheiten unserer Reihe abweichen, haben es hier und erforderlich gemacht, fehlende Seitenangaben, sofern möglich, zu ergänzen.

Der Literaturapparat wurde den Vorgaben der Reihe gemäß angelegt. In einigen Fällen verwendete der Autor kurze Beiträge, in denen der Autor ungenannt blieb. In solchen Fällen – und sofern nichts anderes dagegensprach – wurde ersetztweise die Einrichtung oder der Verband, in deren Namen der Beitrag verfasst wurde, als Autor angegeben (z. B. CNN, Congressional Budget Office, Democratic Party u. ä.) War keinerlei Autorenschaft dokumentiert, wurde auf eine Namensnennung verzichtet. In derlei Fällen beginnt die Literaturangabe mit dem Titel des Beitrags – natürlich nicht in Kursivsetzung, um eine etwaige Verwechslung zwischen Autor und Titel zu vermeiden.

Nach guter Tradition möchte ich abschließend allen danken, die zum Gelingen des Bandes beigetragen haben, insbesondere der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft*, Berlin, welche die Herausgabe dieses Buches großzügig unterstützt hat.

Hardy Bouillon

Danksagung des Autors

Ich habe die Arbeit an diesem Buch als Forschungsfellow am Claremont Institut aufgenommen und als Gastprofessor am Henry Salvatori Center des Claremont McKenna College abgeschlossen. Dank schulde ich Larry Arnn, Brian Kennedy und Bruce Sanborn vom Claremont Institute und Mark Blitz vom Salvatori Center. Einige Teile dieses Buches erschienen ursprünglich im *Claremont Review of Books*. Charles Kesler und seinen Mitarbeitern Kathleen Arnn, Christopher Flannery, John Kienker, Richard Samuelson und Joseph Tartakowsky danke ich für viele wertvolle Hinweise und Hilfen.

Viele Bücher über Politik verdanken ihre Existenz der John M. Olin Foundation. Auch dieses, aber nicht wegen eines Zuschusses zu dessen Beendigung, sondern wegen der Freundschaft und dem Zuspruch, die ich von den dortigen Kollegen Caroline Hemphill, James Pierson, Janice Riddell und Betty Sturdy erfahren habe.

Drei Politologen, nämlich Thomas Engeman und John Williams von der Loyola Universität und Ralph Rossum vom Claremont McKenna College, haben eine frühere Version dieses Buches dankenswerterweise gegengelesen und verbessert. Außer ihnen haben auch die Kollegen John Gueguen und Jerry Nagel meine Aufmerksamkeit auf staatswissenschaftliche Fragen gelenkt. Die Unterhaltungen, die ich seit nun zwei Jahrzehnten mit Gregory Simoncini führe, haben aus mir einen Nettoimporteur politischer Einsichten gemacht.

Carol Mann von der Carol Mann Agentur und Roger Kimball von Encounter Books haben den Autor zu seinem Erstlingswerk ermutigt und bestärkt. Lauren Miklos, Heather Ohle, Emily Pollack und Sam Schneider von Encounter haben mir bei vielen schlecht formulierten Fragen mit Geduld und Verständnis weitergeholfen. Jenny Woodward hat das Manuskript streng und liebenswürdig ediert. Ein großzügiger Zuschuss des Searle Freedom Trust half Encounter dabei, diesen Band dem geneigten Leser näher zu bringen.

Dieses Buch ist meiner Familie gewidmet, deren Unterstützung und Nachsicht es erst möglich gemacht haben.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung des Autors	19
Auf der Suche nach dem Angemessenen	19
Große und kleine Ideen	21
Geld, Geld, Geld	23
Die ungenügende Antwort der Konservativen	23
<i>1. Kapitel</i>	
Amerikas Wohlfahrtsstaat in Zahlen. Zur Messung des Wachstums	29
Was bedeutet mehr Staatstätigkeit?	30
Zur Definition und Messung des Wohlfahrtsstaats	33
Das große Ganze	39
Die Detailanalyse	45
Wachstum bei abnehmender Wachstumsrate	49
Internationale Vergleiche	52
Ist der Himmel schon das Ende?	61
<i>2. Kapitel</i>	
Amerikas Wohlfahrtsstaat in der Theorie. Darstellung der Grundidee	65
Die Progressiven und die zweite Gründung	67
Neue Rechte im Neuen Deal	74
Der New Deal und die neue Verfassung	79
Die lebendige Verfassung	85
Die Zweite Bill of Rights	88
<i>3. Kapitel</i>	
Das Dauerversagen des Liberalismus bei der Sinngebung	95
Die von-Fall-zu-Fall-Politik	97
Das Lehrerzimmer	101

Rechte	102
Das Recht auf die Mittel für ein gutes Leben	102
Eine Frage des Rechts	103
Rechte und Ziele	105
Die Demokratie und der Wohlfahrtsstaat	107
Was positive Diskriminierung über die „Verrechtlichung“ des Liberalismus aussagt ..	109
Wohlfahrtsrechte	117
Kommunitarismus	121
Das Gemeinwohl	121
Zusammengehörigkeit	122
Geistige Unterbeschäftigung	124
Positive Diskriminierung und herzloses Mitgefühl	129
Der Kommunitarismus und der Wohlfahrtsstaat	133
Ad-hoc-kratie	136
Instinkte statt Ideen	136
Alles, was zu tun ist, ist gut	137
Die ökonomischen Kosten der Ad-hoc-kratie	140
Die politischen Kosten der Ad-hoc-kratie	141

4. Kapitel

Das Dauerversagen des Liberalismus bei der Lohngestaltung	143
Monopoly-Geld	145
Die Überflussgesellschaft	146
Das europäische Ideal	149
Die post-sozialistische Linke	150
Die erfreuliche Entdeckung der Gesamtnachfrage	153
Die neue Politik und der Neoliberalismus	156
Die Besteuerung der Reichen	159
Finanzielle Harmonie	161
Eigentumsrechte	166
Anstößiges Leben auf hohem Niveau	168
Die Besteuerung der Unternehmen	171
Den Himmel mit flatternden Dollarnoten verdunkeln	173
Sozialversicherung	175

*5. Kapitel***Das Dauerversagen des Konservatismus
bei der Gestaltung eines Unterschieds** 179

Ein kleineres Stück von einem größeren Kuchen	180
Anrechte	181
Der libertäre Grund gegen den Wohlfahrtsstaat	185
Argumente plus Beihilfen: angebotsorientierte Wirtschaftstheorie	190
Das Biest verhungern lassen	197
Wohltäter und Wohlfahrtsempfänger: die liberale Konstellation	199
Wohltäter und Wohlfahrtsempfänger: das Rätsel der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie	202
Wiederausgleich der Einkommen	207
Wohlfahrtsökonomie: der beste und größte Nutzen	213
Berechtigungsnachweise: der Widerstand der Konservativen	218
Berechtigungsnachweise: der Widerstand der Liberalen	220
Berechtigungsnachweise: der Widerstand der Wähler	224
Der Konservatismus und die Legitimität des Wohlfahrtsstaats	229

*6. Kapitel***Schlussfolgerungen:****Wohin wollen die Fortschrittlichen forschreiten
und was wollen die Konservativen konservieren?** 236

Literatur	241
Index	255

Einleitung des Autors

Auf der Suche nach dem Angemessenen

Das Buch, das Sie lesen, ist nicht das, welches ich ursprünglich schreiben wollte. Das fertige Ergebnis unterscheidet sich von der ursprünglichen Idee, die Antwort auf eine Frage zu finden, die Amerikas Liberale¹ in unzähligen Artikeln, Reden und Büchern immer wieder gestellt haben. In all ihren Polemiken pochen sie darauf, dass der Staat mehr tun müsse – *viel* mehr –, um den Armen zu helfen, die wirtschaftliche Sicherheit zu stärken, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu fördern, die Ungleichheiten abzubauen und dem Kapitalismus die Härte zu nehmen. Man halte sich folgende Zitate einmal vor Augen:

„Selbstverständlich werden wir fortfahren, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in Amerika zu verbessern – die Überstunden abzubauen, die Hungerlöhne anzuheben, die Kinderarbeit zu beenden und die Ausbeuterbetriebe auszurotten. Selbstverständlich werden wir weiterhin alles dafür tun, die Monopole in der Wirtschaft zu beenden, Tarifverhandlungen zu fördern, ungerechten Wettbewerb zu stoppen und ruchlose Handelspraktiken abzuschaffen. Für all das haben wir den Kampf gerade erst aufgenommen.“

Selbstverständlich werden wir uns weiterhin für billigeren Strom für die Menschen Amerikas in der Stadt und auf dem Land einsetzen, für eine besseres und bezahlbares Verkehrsweisen, für niedrige Zinsraten, für erschwingliche Hauskredite, für ein besseres Bankenwesen, für strengere Regulierungen in Sicherheitsfragen, für den gegenseitigen Handel unter den Nationen, für die Abschaffung der Elendsviertel. Für all das haben wir den Kampf gerade erst aufgenommen.

Selbstverständlich werden wir notleidenden Arbeitslosen eine nützliche Arbeit besorgen; denn wir ziehen nützliche Arbeit der Verarmung durch Arbeitslosenhilfe vor ...

Selbstverständlich werden wir unsere Anstrengungen forsetzen, damit junge Männer und Frauen eine Ausbildung erhalten und auch die Möglichkeit, diese zu nutzen. Selbstverständlich werden wir auch weiterhin den Behinderten, den Blinden und den Müttern beistehen, Arbeitslose versichern und für die Alten Sorge tragen. Selbstverständlich werden wir den Konsumenten vor unnötigen Preisspannen schützen, vor Kosten, die durch Monopole und Spekulationen draufgeschlagen werden. Wir werden uns auch künftig erfolgreich darum bemühen, die Kaufkraft der Kunden zu erhöhen und zu erhalten.

Für diese Dinge, aber auch für eine Vielzahl anderer Dinge dieser Art, hat unser Kampf gerade erst begonnen.“ Franklin D. Roosevelt, 31. Oktober 1936 (Hervorhebung WV).²

¹ Gemeint sind die Anhänger der demokratischen Partei. „Liberals“ sind dem deutschen Verständnis nach am ehesten mit gemäßigten Sozialliberalen gleichzusetzen, d. Hrsg.

² Roosevelt (1936).

„Der Staat sollte mehr Geld für die benachteiligten Regionen ausgeben, selbst wenn man dazu Dollarnoten aus dem Flugzeug streuen müsste.“ The Nation, 1964.³

„Für eine Gesellschaft wie die unsrige ist das Elend der Alten eine Schande, und man sollte im ganzen Land sämtliche Hebel in Bewegung setzen, um ihnen einen anständigen Lebensstandard im Rentenalter zu sichern.“ The New Republic, 1965.⁴

„[Der] Krieg gegen die Armut verschlingt riesige Summen an Geld, so wie die Militärkriege auch. Sie sind der notwendige Bestandteil der Energie, die aufgewendet werden muss, um die Armen aus ihrer Armut zu befreien.“ The New Republic, 1965.⁵

„Allen in der Gesellschaft die gleichen Chancen zu geben ... erfordert eine Verpflichtung zu nationalem Handeln – leidenschaftlich, wuchtig und dauerhaft, getragen von all den Ressourcen, über welche die mächtigste und reichste Nation dieser Erde verfügt. Es verlangt von jedem Amerikaner eine neue Einstellung, ein neues Verständnis und, vor allem, einen neuen Willen. Die vitalen Bedürfnisse der Nation sind zu befriedigen, harte Entscheidungen zu treffen und, falls nötig, neue Steuern zu erheben.“ Bericht der Nationalen Beratungskommission zur Öffentlichen Unruhe („Kerner Kommission“) 1968.⁶

„Es stimmt, dass die Großzügigkeit einiger der neuen Reichen außergewöhnlich ist. Aber es stimmt auch, dass Wohltätigkeit und ökonomische Gerechtigkeit nicht das Gleiche sind. (Erst die Abwesenheit ökonomischer Gerechtigkeit macht Wohltätigkeit notwendig.)“ The New Republic, 2007.⁷

„Die Demokraten wollen auch Kindern eine Gesundheitsfürsorge geben, und die Republikaner wollen, dass sie ohne eine Gesundheitsfürsorge auskommen sollen.“ The American Prospect, 2007.⁸

„Nicht genug“ titelte 1964 die *Nation* einen ihrer Leitartikel. „Nicht genug“ war schon immer die liberale Haltung in der Innenpolitik. Die Grundannahme des Buches, das ich nicht geschrieben habe, war, dass all die herben Klagen über unsere unzureichende Sozialpolitik ein Kriterium dafür angeben müssen, was angemessen ist, damit man einen ganz und gar angemessenen Wohlfahrtsstaat bestimmen kann. Die Kosten und der Umfang der amerikanischen Wohlfahrtsprogramme sind seit 1933 dramatisch angewachsen. Die Nation ist stetig größer geworden, und weitaus wohlhabender. Aber egal wie weit der Wohlfahrtsstaat sich ausdehnte, die Politiker und Publizisten unter den Liberalen haben immer wieder den Vorwurf erhoben, er sei beschämend klein. Man darf wohl zurecht vermuten, dass am Ende dieser nie versiegenden Vorwürfe die Eckpunkte des platonischen Ideals eines Wohlfahrtsstaats stehen; eines Ideals, das über jedes einzelne Programm sowie die notwendigen und verdienten Mittel dazu verfügt und folglich keiner weiteren Ausdehnung bedarf.

³ *Not Enough* (1964), S. 2.

⁴ *Bernstein* (1965), S. 10.

⁵ *The Poor in Their Place* (1965), S. 3 f.

⁶ *United States. Kerner Commission* (1968), Einleitung.

⁷ *Wieseltier* (2007).

⁸ *Waldman* (2007).

Mein ursprüngliches Vorhaben war, die liberale Darstellung *dieses* Wohlfahrtsstaats zu untersuchen; ein Projekt, das ich aufgeben musste, als ich merkte, dass es keinen Untersuchungsgegenstand hatte. Um eine Frage schert sich die liberale Rhetorik nie: Wie groß und welcher Art muss der Wohlfahrtsstaat sein, der nicht beschämend dürftig ist, der nicht dringend ein größeres Budget und eine umfangreichere Agenda benötigt?

Die Antwort auf diese Frage lautet ... nun ja, es gibt keine Antwort auf diese Frage. Die Liberalen könnten dieses Problem auf der Makroebene angehen und die Grenzen beschreiben, die der Wohlfahrtsstaat weder überschreiten muss noch überschreiten sollte. Doch sie tun es nie. Sie könnten auch Grenzen des Wohlfahrtsstaats vorschlagen, indem sie sich auf die Mikroebene begäben und aufschlussreiche Beispiele von Sozialprogrammen aufführten, die zu teuer, zu aufdringlich sind oder zu viel vom Staat fordern und zu wenig von den Empfängern. Aber das tun sie auch nicht. 1964 sagte Lyndon Johnson: „Wir sind für sehr viele Dinge, und nur gegen sehr wenige.“⁹ Das ist ungefähr die rigoroseste Position, zu der man sich in der liberalen Theorie des Wohlfahrtsstaats durchringt.

Die Situation erinnert an die Geschichte eines Rinderbarons, der darauf bestand, nicht mehr Grundbesitz in Texas zu erwerben als das Land, das an seines angrenzte. Liberale wollen kein unbegrenztes Wachsen des Staates. Sie wollen nur, dass er größer wird, als er jetzt ist. Diese Haltung lässt auf die Weigerung der Liberalen schließen, sich auf Fragen zum angemessenen Umfang eines Wohlfahrtsstaats überhaupt einzulassen.

Große und kleine Ideen

Dieses Buch versucht zu erklären, warum das ursprünglich geplante Buch unmöglich war. In ihm geht es um die Bedeutung, die der „Mangel eines liberalen Begrenzungsgrundsatzes“ für den lange währenden Disput der Demokraten und Republikaner über den Wohlfahrtsstaat hat.¹⁰ Um sich dieser Aufgabe anzunehmen, muss man zuerst eine klare Vorstellung davon bekommen, wie groß der amerikanische Wohlfahrtsstaat tatsächlich ist, wie sehr und wie schnell er gewachsen ist und wie er in diesen Hinsichten im Vergleich zu Wohlfahrtsstaaten anderer moderner Industriegesellschaften abschneidet. Kapitel 1 geht dieser Frage nach, in dem es die Daten des OMB¹¹ und der OECD sichtet. Auch wenn es dem Liberalismus an einem Prinzip zur Begrenzung fehlt, so verfügt er doch über ein sehr umtriebiges Prinzip. Dessen theoretische Grundlagen stammen von den Progressiven

⁹ White (1965), S. 365.

¹⁰ Hayward (2001), S. x.

¹¹ Office of Management and Budget, Haushaltbüro im Kabinettsrang, hilft dem Präsidenten bei der Vorbereitung des Bundeshaushalts, d. Hrsg.